a)	Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)					
	Name	Verbandsgem	Verbandsgemeindeverwaltung Altenahr Roßberg 143 53505, Altenahr			
	Straße	Roßberg 143				
	Plz, Ort	53505, Altena				
	Telefon					
	Fax					
	E-Mail	altenahr@biet	eranfrage.de			
	Internet					
	Kontaktstelle	weitere Auskü Montabaur	nfte bei: VBS Vergabeberatungsstelle GmbH, 56410			
	Umsatzsteuer-Identifikationsnummer					
b)	Vergabeverfahren Öff	entliche Ausschreibung,	VOB/A			
	Vergabenummer 25-11-26-1020					
	Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen					
	- ohne elektronische Signatur (Textform)					
d)	Art des Auftrags					
	Ausführung von Bauleistungen					
	Planung und Ausführu	ng von Bauleistungen				
	Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)					
e)	Ort der Ausführung					
	53506 Hönningen					
f)	Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose					
	Los 02 - Tief- und Leitungsbauarbeiten - ca. 1.790 m² Bitu Aufbruch und Wiederherstellung - ca. 400 m² Pflaster aufnehmen und wiederverlegen - ca. 1.900 m³ Rohrgrabenaushub - ca. 3.000 m PE-Leitung da 140-da160 (Vor- und Rücklauf) liefern, verlegen - ca. 32 Stk Hausanschlussleitung PE Vor- und Rücklauf - 2 Stk Bachquerungen in offener Bauweise, mit Schutzrohr DN 200 - 2 Stk verrohrte Bachquerungen mit Schutzrohr DN 500/600					
g)	Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden					
	Zweck der baulichen Anlage					
	Zweck des Auftrags					
h)	Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)  in nein					
	ja, Angebote sind mög	lich	nur für ein Los			
			für ein oder mehrere Lose			
			nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)			
i)	Ausführungsfristen					
	Beginn der Ausführung	J	16.02.2026			
	Fertigstellung oder Date	uer der Leistungen	02.10.2026			
j)	Nebenangebote					
	zugelassen					
	nur in Verbindung mit einem Hauptangebot					
	nicht zugelassen					

k)	mehrere Hauptangebote					
	X	zugelassen				
		nicht zugelassen				
I)	Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen					
''	Vergabeunterlagen					
	X	_		https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YJVMY6W/documents		
	können angefordert werden unter:					
	<ul> <li>Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen</li> <li>☐ Abgabe Verschwiegenheitserklärung</li> <li>☐ andere Maßnahmen:</li> </ul>					
	Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist					
		nachgefordert	Vorlage mit Angebotsabga			
o)	Abla	auf der Angebotsfrist	am 26.11.2025 um 10:2	0 Uhr		
	Ablauf der Bindefrist am 15.01.2026					
p)	Adr	esse für elektronische	Angebote	https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YJVMY6W		
	Anschrift für schriftliche Angebote					
q)		ache, in der die Angeb ssen:	ote abgefasst sein	DE		
r)	Zuschlagskriterien					
	siehe Vergabeunterlagen					
	nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:					
		Kriterium		Gewichtung		
		Niedrigster Preis				
s)	Eröf Ort	fnungstermin	am 26.11.2025 um 10:2	0 Uhr		
	Die Angebotsöffnung erfolgt elektronisch.					
	Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen					
	Bieter oder deren Bevollmächtigte sind bei der Öffnung der Angebote nicht zugelassen.					
t)	geforderte Sicherheiten					
	Sicherheiten für Vertragserfüllung und Mängelansprüche (Details siehe Vergabeunterlagen)					
u)	) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind					
	Gemäß VOB/B (Details siehe Vergabeunterlagen)					
v)	Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften					
w)	Beurteilung der Eignung					
	1.) E er B Eins 2.) E 3.) E	Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:  1.) Eigenerklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen  2.) Eigenerklärung über die Ausführung vergleichbarer Leistungen in den letzten fünf Jahren  3.) Eigenerklärung über die Bereithaltung der für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte  4.) Erklärung des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister				

- 5.) Eigenerklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation
- 6.) Eigenerklärung des Bieters, dass in seiner Person oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die ihm zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 6e EU VOB/A begründet sind
- 7.) Eigenerklärung des Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist
- 8.) Eigenerklärung des Bieters zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft
- 9.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient

Für die vorgenannten Auskünfte (Eigenerklärungen) sind entsprechende Formblätter den Vergabeunterlagen beigefügt (Formblatt 124, Formblatt 233).

Ebenso zugelassen ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Beleg der Eignung.

Eigenerklärungen und Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierung geführt werden, sind zugelassen. Die durch Präqualifizierung geführten Eigenerklärungen und Eignungsnachweise müssen die gestellten auftragsbezogenen Mindestanforderungen nachweisen.

Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bieter zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende weitere Nachweise vorzulegen, wie:

- drei Referenzen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, mit folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges
- Angaben zu Arbeitskräften: Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- Nachweis über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister, Berufskammern der Länder, Handwerksrolle
- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan soweit erforderlich
- eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes zum Nachweis der steuerlichen Zuverlässigkeit die nicht älter als 13 Monate sein darf
- gültige Bescheinigungen der zuständigen Krankenkasse, tariflichen Sozialkasse und Berufsgenossenschaft über die vollständige Entrichtung von Beiträgen, die nicht älter als 13 Monate sein dürfen
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten (Nachunternehmer, Eignungsleihe) bedienen, sind die Erklärungen nach § 6e EU VOB/A auch vom Dritten vorzulegen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Erklärungen oder Nachweise zur Eignung anzufordern.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Weitere auftragsspezifische Eingungsanforderungen:

- DVS 2212 oder DVGW GW 330

Zum Nachweis der Eignung können auch gleichwertige Zertifikate von Drittanbietern vorgelegt werden. Unabhängig der Frage, von welchem Anbieter entsprechende Zertifikate vorgelegt werden, behält sich die Vergabestelle vor, sich die dem jeweiligen Zertifikat zu Grunde liegenden Unterlagen und Prüfberichte vorlegen zu lassen.

- Fachbetriebszertifizierung nach WHG bzw. §62 AwSV

Diese weiteren Anforderungen sind durch Einzelnachweise mit dem Angebot - erforderlichenfalls auch von Dritten - zu belegen.

## x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name Kreisverwaltung Ahrweiler Straße Wilhelmstraße 24-30

Plz, Ort 53474, Bad Neuenahr-Ahrweiler

Telefon 02641870

Fax

E-Mail altenahr@bieteranfrage.de

Internet https://www.bad-neuenahr-ahrweiler.de

## Sonstiges

- 1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabeplattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabeplattform kommuniziert. Registrierte Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bieters.
- 2.) Anfragen werden nur in Textform über die Vergabeplattform oder per E-Mail von der genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle ausschließlich in Textform über die Vergabeplattform beantwortet.
- 3.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen über die Vergabeplattform. Das Postfach der Bieters auf der Vergabeplattform erfüllt dabei für den Bieter die Funktion eines persönlichen elektronischen Briefkastens und ist maßgeblich und verbindlich für den Zugang von Erklärungen, Nachforderungen, Einladungen zum Aufklärungsgespräch und sonstigem Schriftverkehr.
- 4.) Der Versand der Informations- und Absageschreiben erfolgt über die Vergabeplattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des Bieters bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle. Im Falle des Angebotes einer Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle über die Vergabeplattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle.
- 5.) Sofern sich ausländische Bieter am Wettbewerb beteiligen, haben sie geforderte Nachweise / Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen.
- 6.) Der Auftraggeber wendet die Regelungen des "Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG) Rheinland-Pfalz" in der jeweils geltenden Fassung an.
- 7.) Dieses Vergabeverfahren fällt in den Anwendungsbereich der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen. Bieter müssen erkannte oder erkennbare Verstöße innerhalb der jeweils geltenden Fristen des § 10 Abs. 3 dieser Verordnung gegenüber dem Auftraggeber rügen, anderenfalls können sie vor der Vergabeprüfstelle in der Sache nicht gehört werden. Vergabeprüfstelle, an die der Auftraggeber eventuelle Beanstandungen des Bieters weiterleitet, sofern der Bieter nicht ausdrücklich auf eine Weiterleitung verzichtet hat:

Vergabeprüfstelle beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftstraße 9, 55116 Mainz

Bekanntmachungs-ID: CXP4YJVMY6W